

Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen. Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): B. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 500 11 501, 11 502 bis 11 550, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Braunschweig besetzt. — Eichhorn verhaftet.

Die Stadt im Belagerungszustand.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Braunschweig, 17. April.

Die Stadt Braunschweig wurde in vergangener Nacht zwischen 12 und 1 Uhr besetzt. Das Schloß und alle anderen öffentlichen Gebäude wurden sofort mit Besatzung besetzt. Die Gebäude werden nicht betreten, da sie unterminiert sind. Bei der Besetzung wurde keinerlei Widerstand geleistet. Auf dem Bahnhof sind zwei Panzerzüge eingetroffen.

Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn hat in vergangener Nacht in einem Flugzeuge Braunschweig verlassen. Dieses Flugzeug war jedoch in der Nähe von Holzminden zu einer Notlandung gezwungen, und Eichhorn wurde bei dieser Gelegenheit von den um Holzminden verteilten Regierungstruppen festgenommen. Der Expräsident Meyses und mehrere andere Sparte-Kriegsführer haben Braunschweig in vergangener Nacht im Automobil fluchtartig verlassen und konnten bisher noch nicht ergriffen werden.

Heute vormittag ließ General Märker durch Flugzeuge in der Stadt bekanntmachen, daß der Reichspräsident über das Gebiet des ganzen Freistaates Braunschweig den Belagerungszustand verhängt und ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt habe. Wer mit Waffen betroffen werde, werde nach Kriegsrecht bestraft. Die Zeitungen unterliegen der Zensur. Auf dem Schloß, dem Landtagsgebäude, dem Ministerium, den Kasernen usw. weht jetzt an Stelle der roten Fahne die schwarz-weiß-rote und die braunschweigische Flagge. Zahlreiche öffentliche Gebäude, Geschäftshäuser und Privatgebäude haben Flaggenstängel angelegt. Fast ganz Braunschweig befindet sich in freudiger Erregung, da nunmehr eine Befreiung der seit fünf Monaten bestehenden kommunistischen Gewaltherrschaft erhofft wird.

Weitere Regierungstruppen aller Waffengattungen sind heute mittag zwischen 12 und 1 Uhr in Stärke von mehreren tausend Mann und mit Musik, teils zu Fuß, teils mit der Bahn in die Stadt Braunschweig eingezogen. Zwischenfälle haben sich hierbei nicht ereignet. Es stehen noch um Braunschweig etwa 10 000 Mann. Weitere Truppen treffen im Laufe des Tages in der Stadt Braunschweig ein. General Märker ist heute vormittag hier angekommen und im Hotel Deutsches Haus, wo sich das Hauptquartier befindet, abgekehrt.

Abletzung der bisherigen Regierung.

Heute mittag hat General Märker folgenden Befehl bekannt gegeben:

1. Zu Einvernehmen mit der Reichsregierung wird die Bevölkerung entwaffnet nach Maßgabe meines noch zu veröffentlichenden Befehls.

2. Die bestehende Volksmarineteilung und Volkswehr werden aufgelöst. Die bisherigen Angehörigen dieser Verbände, die nicht die Braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, werden abgehoben. An Stelle der aufgelösten Verbände treten neue Formationen nach meiner Anweisung.

Die bisherige Regierung in Braunschweig setze ich ab. Eine neue Regierung entsprechend der Zusammensetzung der Landesserversammlung richte ich ein.

Den Braunschweiger Arbeiterrat löse ich auf. Der Expräsident Meyses und die kommunistischen Volkskommissare Dörter, Gehart und der frühere Vorsitzende des A. und S.-Rates Hajar Schütz aus Berlin werden in Schutzhaft genommen, bis über die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens und den Erfolg eines gerichtlichen Haftbefehls gegen diese Personen entschieden ist. Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und die Umstände es erfordern, wird gegen andere Personen in gleicher Weise verfahren.

Den Umfang meiner militärischen Maßnahmen mache ich von dem Verhalten der bisherigen Regierung und der Bevölkerung des Freistaates Braunschweig abhängig.

Eine bolschewistische Ueberschwung in Finnland.

Drahtmeldung.

Stockholm, 16. April.

In Wiborg wurde, wie „Aftonbladet“ meldet, eine weitverbreitete Ueberschwung aufgebracht, die das Ziel hatte, Ende April oder Anfang Mai gleichzeitig mit einem Bolschewistenangriff auf Finnland einen Aufbruch anzusetzen, der zur selben Zeit auch Schweden und Norwegen ausbrechen sollte. Unter den

Leitern standen in erster Linie Verbrecher aus den Reihen der in Deutschland interniert gewesenen finnischen Jäger. Die Organisation hat beim Militär, besonders bei der karelistischen Garde und bei der Küstenartillerie, starke Unterstützung gefunden. Überall im Lande wurden im geheimen Zivilkompagnien eingelebt. In Wiborg waren die Vorbereitungen soweit fortgeschritten, daß man die Stadt jeden Augenblick hätte einnehmen können. Die Sprengung des Offiziersclubs mit zahlreichen Offizieren, der Eisenbahnbrücke im Stadtteil St. Andreas und eines Munitionslagers sollten das Zeichen zum Aufbruch geben.

Die Einladung zu den Vorfriedens-Verhandlungen.

Durch General Rudant in Spa überreicht.

Der Vorsitzende der Interalliierten Waffenstillstandskommission in Spa, General Rudant, hat gestern in Spa dem Vorsitzenden der deutschen Kommission, General v. Hammerstein, den Text der vom Präsidenten Wilson gehaltenen Ansprache im Bieder-Platz über die Einladung der deutschen Vertreter zum 25. April nach Versailles amtlich überreicht. Damit ist die Einladung an die deutschen Vertreter zu den Vorfriedensverhandlungen erfolgt. Die deutschen Abgesandten werden am 22. oder 23. April von Berlin voraussichtlich über Mainz-Trier nach Paris reisen.

Belegung Schleswigs durch die Entente?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 17. April.

Die Meldung der „Agence Havas“ über den Beschluß des Pariser Viererrats, die Schleswiger Frage durch eine Volksabstimmung zu regeln, wird nach einer weiteren Pariser Meldung dahin ergänzt, daß während der Abstimmung das Land durch alliierte Streitkräfte besetzt und durch eine internationale Kommission verwaltet werden soll.

Der polnische Zugang zum Meer.

* Thorn, 17. April.

Sehn hervorragende Abgeordnete der Nationalversammlung unter Führung Sombornias suchten den neuen Vertreter Frankreichs in Warschau auf, um ihm die große Sorge, die im ganzen polnischen Volke anlässlich der Landbeförderung der Armee Haller herrscht, vorzustellen, was die Zugehörigkeit Danzigs zu Polen problematisch mache. Der französische Vertreter soll der Abordnung eine „befriedigende“ Antwort gegeben haben. Die Beunruhigung wird jedoch durch eine Notiz in der polnischen Presse gesteigert, wonach für den Fall der Eigerung Deutschlands der Kooperationsplan dahin gehe, Litauen und Kurland mit Polen zu vereinigen, um Vihau zum Haupthafen für Polen zu machen. (Ein solcher Plan, der Rußland und Deutschland dauernd trennen würde, wäre eine schwere Verletzung der gesamt europäischen Interessen. D. Red.)

Die Ueberwachung der Neutralen.

London, 16. April.

Vorb Robert Cecil sprach im Unterhause die Ueberzeugung aus, daß die Mehrheit der Neutralen, die den jüngsten Konferenzen beigewohnt hätten, innerhalb sehr kurzer Zeit Mitglieder des Völkerbundes sein würden. Er sagte, die Blockade müsse möglichst bald aufgehoben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse eine gewisse Kontrolle über die Neutralen beibehalten werden; sie werde aber so rasch wie möglich beseitigt werden.

Verschärfung der Streiklage in Berlin.

Die Versammlung sämtlicher Obleute aller Handelseinzelgewerbe, die heute vormittag um 10 Uhr in Haberlandts Festsälen stattfand, beschloß nach erregter Debatte, sofort in den verschärfsten Generalstreik zu treten. Dem Antrage des Vollzugsrats auf Beteiligung an nachmaligen Verhandlungen mit der Regierung wurde zugestimmt. Als Verhandlungsgrundlage sollen die Vorschläge des Generaldirektors Brüchmann gelten. Am Osterdienstag sollen zehn große Demonstrationssammlungen unter freiem Himmel stattfinden.

(Weitere Streiknachrichten siehe Beilagen)

Vor den Verhandlungen.

Die gestrige Unterhausrede Lloyd Georges hat die Erwartungen, die von manchen Seiten daran geknüpft worden waren, nicht erfüllt. Man erhoffte daraus zwar manche interessante Einzelheiten, z. B. die, daß England nach altbewährtester Methode nicht mit eigenen, sondern mit fremden (darunter auch deutschen) Truppen die militärische Sicherung gegen den Bolschewismus durchführt — aber die erwarteten Mitteilungen über den Inhalt des Vorfriedens fehlen beinahe ganz. Insbesondere schweigt Lloyd George völlig über diejenigen Forderungen, die England selbst an Deutschland zu stellen gedenkt. Er kündigt nur im großen und ganzen an, daß es sich um einen „strengen“ Frieden handeln werde. Aber im einzelnen erfährt man nur, daß die Forderungen Frankreichs berücksichtigt werden sollen. So ist nun die Welt sorgfältig darauf vorbereitet, die Schuld für diese „Strenge“ der Friedensbedingungen bei Frankreich zu suchen und zu finden.

Die Northcliffe-Presse hat wochen- und monatelang sehr geschickt den Eindruck erweckt, daß die englische Regierung die Forderungen Frankreichs nicht billigt. Sie hat diese angeblichen französischen Forderungen in maßloser Weise übertrieben und sich scheinbar darüber entrüstet, daß die englische Regierung nicht ohne weiteres mitging. Nunmehr, wo die Wirkungen dieser Taktik erzielt sind, wo die Verheerung zwischen Deutschland und Frankreich den höchsten Grad erreicht hat, wo das Vertrauen gewisser deutscher Schwärmer in den Edelmut Englands felsenfest begründet ist — nun kommt Lloyd George und schüttelt die Northcliffe-Presse mit einer großartigen Handbewegung ab. „Selbstverständlich bewilligen wir alle Forderungen des heldenmütigen und schwergeprüften Frankreichs.“

Damit soll nun das Mißtrauen im französischen Volke getilgt, nicht aber der Eindruck bei den Deutschen verwischt sein, daß Frankreich eben doch der bössartige Erbfeind ist. Ob die erste Absicht sich so leicht verwirklichen läßt, sei hier nicht untersucht. Die zweite, gegen die öffentliche Meinung Deutschlands gerichtete wird mit allen möglichen Mitteln gefördert. Dazu gehören nicht zuletzt die diplomatischen Situationsberichte der Havas-Agentur, über deren englische Beziehungen an dieser Stelle schon gesprochen worden ist. In ihrem Rahmen ist auch der angebliche Konferenzbeschuß über das Saarbecken veröffentlicht worden. An der Zuverlässigkeit dieser Nachricht sind nachher berechtigte Zweifel aufgetaucht; und sie werden noch verstärkt, wenn man neben diese Veröffentlichung die zurückhaltende Rede des englischen Ministerpräsidenten hält. Es ist doch kaum anzunehmen, daß es tatsächlich die französische Regierung gewesen sein soll, die vorzeitig und vor den anderen Bundesgenossen aus der Schule geplaudert hat. Man weiß in Frankreich ganz genau, daß die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit durch unverantwortliche Schreibereien Dritter ohnehin schon über alles Maß aufgereizt worden ist. Die französische Regierung hat kein Interesse daran, dieses Treiben zu unterstützen und durch eigene Mitteilungen im Stile der Havasnote deutsche Proteste herauszubekommen, ehe die Delegierten noch zusammengekommen sind. Die Havasmeldung über das Saarbecken ist also das Werk anderer Stellen, und sie paßt ausgezeichnet in das englische System für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung in anderen Ländern.

Die Bedenklichkeit dieser Quelle ist auch in Deutschland schon erkannt worden. Um so weniger ist es zu verstehen, daß man trotzdem gegen die nicht von der französischen Regierung, noch von irgendeiner verantwortlichen Stelle überhaupt herrührenden Forderungen schon wieder alle möglichen Proteste erhebt und Drohungen ausspricht. Wichtig ist doch allmählich auch in weiteren Kreisen die Erkenntnis Bahn, daß diese unfruchtbare Protestpolitik der letzten fünf Monate keinen Nutzen, sondern den schwersten politischen Schaden stiftet. Edward Bernsteins schreibt darüber heute sehr zutreffend im „Vorwärts“:

Nel zu viel ist seit Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand auf diesem Gebiet schon geschändet worden. Durch Proteste, welche die Forderungen der Gegenseite in falschem Maße darstellten, sei es, daß man sie übertrieb, sei es, daß man dem deutschen Volk verschwiege, auf welche Tatsachen sie sich gründeten, ist in vielen Kreisen unseres Volkes eine Stimmung erzeugt worden, die — darüber soll man sich nicht täuschen — wenn es so weiter geht, zuletzt nur den Feinden einer demokratischen Entwicklung der Republik zugute kommen muß.

Von diesem hier wiedergegebenen Standpunkt aus muß man es bedauern, daß der Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau in seiner an anderer Stelle wiedergegebenen Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten mit übermäßigem Nachdruck die Ablehnung der